



BürgerInneninitiative gegen ein Bordell in Marburg

Menschenhandel - EU-Kommissarin rügt Deutschland – DIE WELT vom 15.04.13

Cecilia Malmström

Menschenhandel - EU-Kommissarin rügt Deutschland

EU-Kommissarin Cecilia Malmström ermahnt in Sachen Menschenhandel untätige Mitgliedstaaten. Jetzt kündigt auch das Justizministerium eine "schnellstmögliche" Lösung an – dabei hatte es stets gebremst. Von Simone Meyer und **Silke Mülherr**



Foto: AFP EU-Innenkommissarin Cecilia Malmström ist enttäuscht von Deutschland

- **Studie: In der EU werden Menschen wie Waren gehandelt**
- **Menschenhandel: Wie ein Gesetz gegen Zwangsprostitution verkümmert**
- **Zwangsprostitution: Deutschland ist ein Paradies für Menschenhändler**
- **Moderne Sklaverei: Bundesregierung von Menschenhandel überfordert**

Nach außen hin gibt sich die Bundesregierung weiter geschlossen im Kampf gegen **Menschenhandel**. Deutschland wolle sicher nicht zu den letzten Ländern gehören, die eine neue EU-Richtlinie zum Thema umsetze, betont Regierungssprecher Steffen Seibert am Montag in der Bundespressekonferenz. Und wiederholt, was Justizministerin Sabine

Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) seit Wochen ausrichten lässt: Es gebe schon jetzt im Strafrecht eine Vielzahl von Regelungen, die Menschenhandel unter Strafe stellen.

Wie die "Welt am Sonntag" vorab berichtet hat, bezweifelt EU-Innenkommissarin Cecilia Malmström offenkundig, dass diese Gesetze ausreichen. Ihr erster offizieller Bericht zum Menschenhandel in der EU kommt zu dem Schluss, dass die Zahl der Opfer steige und die der verurteilten Täter zurückgehe. Deswegen sei sie enttäuscht und fordere alle säumigen 21 Mitgliedsländer, inklusive Deutschland, auf, die EU-Richtlinie vom 5. April 2011 schnellstmöglich umzusetzen.

Die Nachricht hat offenbar für Unruhe gesorgt. Und so wird das Thema in Berlin diskutiert, ehe es in Brüssel offiziell verkündet ist. Noch bevor Malmström am Montagmittag ihre Rüge vor Journalisten wiederholt, bemüht sich der Sprecher von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) um Geschlossenheit. Seibert versichert, die Regierung habe eine "entschiedene Haltung" gegen Menschenhandel.

Derzeit befinde sich ein Entwurf des Justizministeriums in der internen Abstimmung. Es gehe nun um technische Details in der Ressortabstimmung, sagt ein Sprecher von Ministerin Leutheusser-Schnarrenberger der "Welt". Das Kabinett solle schnellstmöglich mit dem Thema befasst werden.

Unionspolitiker finden Leutheusser zu lax

Dabei haben zumindest in der Union einige die Hoffnung längst aufgegeben, dass es in der schwarz-gelben Regierungszeit noch etwas werden könnte: Weder mit der EU-Direktive noch mit der seit Jahren angekündigten Reform des Prostitutionsgesetzes. Die beiden Dinge haben miteinander zu tun, wenn es um Menschenhandel zur sexuellen Ausbeutung geht, was laut Studie zu 65 Prozent der Fall ist. Und gerade bei dieser Straftat wünscht sich die Union deutlich strengere Gesetze als die FDP.

Dass sich die beiden Regierungsparteien in dieser Sache so gar nicht einig sind, beweist allein die schnelle Reaktion der bayerischen Justizministerin Beate Merk. Die CSU-Politikerin hat schon nach der Lektüre der jüngsten "Welt am Sonntag" eine Pressemitteilung verschickt. Darin wirft sie ihrer Kollegin Leutheusser-Schnarrenberger indirekt vor, zu lax gegen Menschenhandel vorzugehen.

Das Justizministerium schlage "nur das nach den Buchstaben der Richtlinie Notwendige" für das Strafrecht vor, das reiche nicht. Man müsse endlich die durch das rot-grüne Prostitutionsgesetz von 2001 eingeführten Strafmilderungen wieder rückgängig machen, fordert Merk. Durch dieses Gesetz seien dem Straftatbestand der Förderung der Prostitution und der Zuhälterei "weitgehend die Zähne gezogen worden".

Noch kommen viele Zuhälter straflos davon

Ähnlich hatte sich der innenpolitische Sprecher der Unionsfraktion, Hans-Peter Uhl (CSU), bereits in der "Welt" geäußert. Auch die Praktiker haben Bedenken. Zum Beispiel kritisiert der Bund Deutscher Kriminalbeamter (BDK) mangelhafte Ermittlungsmöglichkeiten für Strafverfolgungsbehörden. Die ließen es derzeit leider zu, "dass unsere Großstädte von Menschen überquellen, die von kriminellen Banden nach Deutschland transportiert werden, ohne dass wir an die Hintermänner herankommen", sagt BDK-Chef André Schulz.

Um etwa einen Zuhälter verurteilen zu können, müssen Staatsanwälte ihm nachweisen, dass er Frauen dazu gebracht hat, für ihn als Prostituierte zu arbeiten. Dieses Dazu-Bringen müssen bisher die Opfer durch ihre Aussage belegen. "Die Ausnutzung einer Zwangslage in einem Menschenhandelsverfahren ist kaum gerichtsfest zu ermitteln", sagt Schulz.

Wenn Opfer ihr Leid beschreiben sollten, trafen Ermittler oft auf eine Mauer des Schweigens. Die Union will das Strafrecht deswegen so ändern, dass auch objektive Tatbestände zur Verurteilung reichen.

Malmström will nicht locker lassen

Nur Schweden, Finnland, Polen, Tschechien, Ungarn und Lettland haben die EU-Vorgaben bisher vollständig in nationales Recht umgesetzt. Belgien, Litauen und Slowenien haben es teilweise geschafft. "Unsere Statistiken zeigen, wie dringend es ist, dass jedes EU-Land die neue Gesetzgebung implementiert", sagt Kommissarin Malmström.

Sie erwarte, dass alle Staaten umgehend ihre Pflichten erfüllten. "Und ich werde nicht zögern, die nötigen Maßnahmen zu ergreifen." Mit der neuen Gesetzgebung sollten die Gerichte in ganz Europa Menschenhandel gleichermaßen als schwerwiegende Straftat bewerten, fordert Malmström. Zudem sollten die Länder für eine angemessene Unterstützung der Opfer sorgen. "Das wäre ein starkes und klares Signal an die Betroffenen."